

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 27 (S. 107 ff.): Erstwohnsitzkampagne stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank für die vorgegriffene Argumentation zu diesem Punkt. Was Herr Stadtrat Konrad ausgeführt hat, kann ich nicht verstehen, aber darauf werde ich gleich noch eingehen.

Vorhin, als wir gefordert haben, dass wir netto keine neuen Stellen bei der Stadt schaffen, sondern stattdessen umwidmen, dass Bereiche, die wegfallen, einfach wegfallen und dafür andere neu besetzt werden, wurden wir als naiv bezeichnet. Diese Sache, um die es gerade geht, ist ein Beispiel dafür. Wir sagen ja nicht, dass die Erstwohnsitzkampagne nicht wirksam war – sie war es ja die ganze Zeit –, sie ist jetzt eben abgelöst worden durch die Zweitwohnsitzsteuer. Jeder, der in Karlsruhe mit Zweitwohnsitz und nicht mit Erstwohnsitz gemeldet ist, muss ab dem 01.01.2017 10 % der Jahresnettomiete als Steuer bezahlen. Das sind also 1,2 Nettomieten pro Jahr mehr – eine ganz gewaltige Mieterhöhung. Wenn wir dazunehmen, dass durch die Anhebung der Grundsteuer, die gerade als Satzung beschlossen wurde, die Mieten sowieso steigen, haben wir praktisch eine doppelte Steuererhöhung an dieser Stelle für Zweitwohnungsinhaber in Karlsruhe. Wenn das keine klare Motivation ist, sich hier mit Erstwohnsitz anzumelden, dann weiß ich nicht, was man noch braucht.

Damit ist klar: Wir brauchen keine weitere Motivation, und damit ist die bisherige Kampagne obsolet. Die braucht einfach keiner mehr. Wenn man sich einmal anschaut, was die kostet: Die kostet 1,83 Mio. Euro jedes Jahr, und in der Stellungnahme der Verwaltung steht, dass damit ca. 400 zusätzliche Erstwohnsitze akquiriert werden. Ich frage mich, auf welcher Basis. War das die bisherige Zahl? Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Zukunft zusätzlich zur Zweitwohnsitzsteuer noch zusätzlich 400 Leute akquiriert werden. Das kann ich mir nicht vorstellen. Gehen wir einmal davon aus, dass es bestenfalls so wäre und wir akquirieren 400 neue Leute im Jahr, die hier mit Erstwohnsitz gemeldet werden, dann bezahlen wir für jeden Einzelnen 4.500 Euro aus den Steuern, die jeder bezahlen muss. Da kann sich jeder mal kurz überlegen, welchen Anteil er von den Steuern, die er selbst bezahlt, dazu beiträgt. Für mich ist das ein Spitzenbeispiel dafür, dass wir Dinge, die nicht mehr wirksam sind und viel kosten, aufgeben sollten. Wir brauchen sowieso zusätzliche Stellen, um die Zweitwohnungssteuer einzutreiben, also können wir

diese Stellen nehmen, umwidmen und die Sache begraben. Denn 1,83 Mio. Euro für etwas ausgeben, das wir nicht mehr brauchen, das nenne ich naiv.

Der Vorsitzende: Rein ehrenhalber wollen wir mal feststellen, dass seit der Erstwohnsitzkampagne die Zahl derer, die sich mit Erstwohnsitz hier meldeten, sehr, sehr deutlich zugenommen hat. Es wurde noch kein Nachweis erbracht, dass sie überflüssig ist oder nichts mehr bewegen würde. Es läuft ja gerade eine Evaluation, und ich bitte darum, dass dann, wenn die Ergebnisse vorliegen, diese in aller Differenziertheit betrachtet werden. Am Sinn der Erstwohnsitzkampagne gibt es im Moment keine Zweifel, die wirklich fundiert wären.

Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 3 Ja-Stimmen wird der Antrag vom Rest **abgelehnt**.

(...)